

# Politischer Wegweiser

Mitteldeutsches Wochenblatt für Freiheit u. Vaterland

Steuern, höhere Gewalt und Betriebsführung enthalten den Verlag für Verlagung und Entschädigung.  
Verlag: Verein der Deutschen Demokratischen Partei, Halle (Saale), Gr. Brauhausstraße 30  
Schriftleitung: Halle (Saale), Gr. Brauhausstraße 30. Fernsprecher Nr. 1277

Wachstumspreis: Für die Jahreshefte: 10 Mark. - Einzelhefte: 1 Mark. - Einjahresabonnement: 10 Mark. - Auslandsendung: 12 Mark. - Adressen: Halle (Saale), Gr. Brauhausstraße 30.

Nummer 16

Halle, 20. April 1929

5. Jahrgang

## Deutschland in Front

### Krisen

Nur zwei Kriegsschauplätze, wenn man es so nennen darf, sieht Deutschland zur Stunde im harten Kampf, in Ost- und Paris. Während es aber hier seine eigene Sache vertritt, die nur auf weite Sicht und richtig betrachtet, auch die Sache der europäischen Wirtschaft ist, kämpft es am Lausanner für einen großen internationalen Gedanken, zu dessen Träger es durch die Bestimmungen des Versailles Vertrages geworden ist. In beiden Fällen ist ihm bisher der große glückliche Erfolg verlagert geblieben, doch wird eine ruhige Beurteilung der Lage anerkennen, daß es jedenfalls nicht schlecht abgekommen hat. Ostwärts wird kaum erreicht, dazu ist die Gegenwart zu hart, denn auch die Zeitverhältnisse zu unglücklich, aber vorwärtskommen sind wir trotz allem. Ganz unwohl sind diese Tage der Anzögerung und der Krisen nicht. Das wird sich erst später einmal zeigen, wenn man auf dem Fundament weiter bauen muß. Insofern kann man von nächster Woche her hoffen. Allerdings gehört zu dieser Erkenntnis sehr viel Geduld und Selbstbeherrschung. Dem lauten Markt werden sie nicht genügen, und wir hören schon die Stimmen einer vernünftigen Kritik, die uns namentlich aus dem deutschen Lager entgegenstellen werden. Die Anläufe sind schon da, aber das ist uns nicht irealistisch. Die Republik hat bewiesen, daß sie diesen großen Zukunftsaufgaben durchaus gerecht werden kann, auch wenn sie zur Stunde mit keinen Siegen aufwarten darf.

### Sachverständigen-Konferenz

Der Außenminister sieht nur die weite Entfremdung zwischen den Forderungen der Gläubigerstaaten und der deutschen Leistungsfähigkeit. Sie ist allerdings durchaus geeignet, die Verhandlungen in Paris in Frage zu stellen und möglicherweise einen Abbruch herbeizuführen. Damit haben wir von Anfang an gerechnet. Man muß auch zugeben, daß es den Entente-mächten schwer wird, wirkliches Entgegenkommen zu zeigen, nachdem sie die Hoffnungen auf deutsche Zahlungen künstlich hoch geschichtet haben. Was in dem Memorandum der vier Gläubiger steht, verdient überhaupt keine Erwähnung. Das sind Platontheorien, die in der nördlichen Welt der Tatsachen keinerlei Bedeutung haben. Die Vorschläge entfernen sich nicht allzu weit von der Höflichkeit, die wir jetzt erreicht haben, und die heute genau wie morgen untragbar ist. Schade hat nicht den Fehler begangen, den die Deutschen erwarten, und dessen Unterbreiten sie dementsprechend scharf rügen. Er hat nicht zornig auf den Tisch geschlagen und ein Nein in den Saal geschmettert, daß die Schuld an einem möglichen Scheitern der Verhandlungen völlig verhooben ist. Er hat zunächst einmal die Forderungen zusammengerechnet, und mit diesen Zahlen die Gläubiger selbst erklagen. Soweit hatten sie gar nicht gedacht. In achtzigjährigen Unterhaltungen untereinander, haben sie dann den gemeinsamen Plan aufgestellt, der etwas von den ursprünglichen Gedanken abwich, aber sich noch immer in astronomischen Ausmaßen bewegt. Als nun das Memorandum vorlag, hat er gleichfalls die Ruhe bewahrt und mit einer gewissen Ironie die Dinge behandelt. Nun sind wir dort angelangt, wo man hätte beginnen sollen. Schade ist aber, was Standpunkt der deutschen Leistungsfähigkeit Vorschläge zu machen. Ob er damit Einbruch erzielt, wissen wir nicht. Jedenfalls hat die französische Presse, die ja Wortführer in diesem Streite war, plötzlich ihre Stimmen gedämpft und ist etwas heiser geworden. Wir werden nach wie vor mit einem Abbruch der Verhandlungen, aber in der bestimmten Erwartung, daß in absehbarer Zeit, in einem Jahr oder zweien eine neue Konferenz einsetzt wird. Kommt es anders, umso besser, vorausgesetzt natürlich, daß ein Kompromiß unserer Verhandlungen Rechnung trägt.

### Die deutsche Stellung

Worin liegt nun die Befremdung, die unsere Stellung zweifellos erfordern hat? Zwei Punkte sind hier zu beachten. Zunächst die Transferfrage. Es ist kein Geheimnis, daß Parker Gilbert schon in den letzten Monaten geäußert hat, unsere Zahlungen zu transferieren, weil die Gold- und Devisenbestände der Reichsbank zurückgegangen sind. Scheitert die Konferenz, so dürfte er sich recht auf diesen Standpunkt verbarren. Es ist gar nicht ausgeschlossen, daß er die Zahlungen mit einer Erhaltung der deutschen Währung für unvereinbar erklärt. Dann würden die Gläubiger in der nächsten Zeit überhaupt nichts be-

kommen. Das wäre ein praktischer Anschauungsunterricht, der zweifellos eine ausgezeichnete Wirkung ausüben würde. Irgegendwo befindet sich für die Welt braucht man nicht zu beugen, weil ja die Kontrolle, die international gegen die Reichsbank eingelegt ist, eingreifen muß, um nicht die vom Ausland eingelegten Summen, und es handelt sich ja glücklicherweise in erster Linie um amerikanische, zu gefährden. Die zweite Stärkung unserer Stellung hat Schacht durch seine Verhandlungsart herbeigeführt. Die gefährlichen Folgen des Gülterschnitts über die deutsche Finanzlage sind bereits abgeklungen. Bezeichnend dafür ist es, daß der Reparationsvertrag trotz der Abwesenheit in Paris in keinem Stadium beranzugeworfen worden ist. Noch bedeutsamer erscheint uns, daß es dem Reichsbankpräsidenten gelang, den Sachverständigen der Gläubiger-mächte das Verständnis zu entreißen, ihre Zahlen seien ja die ihrer Regierungen. Man erinnert sich jener lebhaften diplomatischen Kämpfe vor Beginn der Konferenz, die gerade über die Unabhängigkeit der Sachverständigen geführt wurde. Nicht unwohl hat die Reichsregierung entscheidende Wert darauf gelegt, die Unabhängigkeit ein für allemal festzusetzen. Das hat im Ernst nicht so bleiben würde, hat man ja abhaken können, aber es ist gut, daß dieses Abweichen von den vereinbarten Richtlinien nun auch offen zugegeben worden ist. Damit ist die Schuldfrage für alle Fälle klargestellt.

### Genf

Viel versprochen hat sich niemand von der vorbereitenden Abrüstungskonferenz, die am 15. begonnen hat. Es hängt vielleicht lediglich, wenn man so viel Bedeutung tatsächlichen Erfolgen beimißt. Trotzdem sind sie in der Politik häufig das wesentliche. Der Vorsitzende, der holländische Gesandte in Paris, London, hatte es zuerst abgelehnt, die zweite Sitzung der früheren Beschlüsse anzuberaumen. Das ging auf Einsparungen der Westmächte zurück, die ja nicht die mindeste Neigung verspürten, die Frage ernsthaft in Angriff zu nehmen. Inzwischen hatte Graf Bernstorff seinen Vorstoß unternommen und damit tatsächlich erreicht, daß die zweite Sitzung nicht der Form aber der Sache nach stattfinden würde. Damit sind Verhandlungsaussichten durchaus vorhanden. Eine Reihe von Vorschlägen liegen vor, ein Deutscher, der sehr geschäftig ist, ein tüchtiger, der in seiner Klarheit ausgezeichnet wirkt, denn er begrenzt die Diskussionen entsprechend der Größe eines Landes, aber gerade deshalb Frankreich und England auf die Herzen fällt, und ein russischer, der, wie immer, weit über das Ziel hinauschießt und deshalb zu viele Angriffsflächen bietet. Seine Ablehnung ist sicher. Große Erwartungen wird man überhaupt nicht hegen dürfen. Aber es genügt schon, wenn man den Faden nicht abreißen läßt, zumal ja im Hintergrunde der deutsche Trumpf steht, der auf der Prämie zu Teil 5 des Versailles Vertrages beruht. Als Graf Bernstorff früher einmal auf diese bindende Verpflichtung verwies, wurde ängstlich gefragt, es war von dem polnischen Vertreter erklärt, ob Deutschland den Friedensvertrag für gebrochen erklären will. Hier bieten sich die letzten Möglichkeiten, die wir vorläufig mit Rücksicht auf die Gesamtpolitik nicht ausschöpfen dürfen, die aber eines Tages vielleicht doch einmal eine erhebliche Rolle spielen werden.

### Das neue Kabinett

Die drei Zentrumsminister Brüch, Stegerwald, und von Guericke sind nunmehr in die Regierung eingetreten, das Kabinett der Großen Koalition besteht, aber ohne die Große Koalition selbst. Wir haben schon während der Verhandlungen betont, daß uns dieser Zustand nicht gefällt und daß wir an seine Dauer nicht glauben. Vorläufig jedoch wird man wohl über die Schwierigkeiten hinwegkommen, wenn nicht die Zustimmung über den Bankerkrater A zweite Rate zu einer Krise führen sollte. Es kommt alles auf die Geschicklichkeit der sozialdemokratischen Minister an, die, was man zu ihrer Entschuldigungs geben lassen muß, nicht nur Ende Mai ihren Parteitag halten, sondern auch in zwei Wärdern, in Baden und Sachsen die Removanden bestehen müssen. Das gilt natürlich auch für andere Parteien, bereitet aber der Linken besondere Schwierigkeiten wegen dieser Frage. Gelingt es, über dieses Minimum hinwegzukommen, so dürfte die Sommerpause erreicht werden. Welchen Einfluß ein Scheitern der Reparationsverhandlungen haben wird, läßt sich natürlich nicht überblicken, doch möchten wir annehmen, daß es keinen Zweifel gibt in das Kabinett hineintragen wird. Über wäre das bei einem faulen Kompromiß der Fall. Im Herbst wird man dann allerdings an eine

Neuregelung der parlamentarischen Verhältnisse herantreten müssen. Bis dahin aber können sich in den einzelnen Parteien gewisse Abänderungen ergeben haben. Ausnahmsweise hat das Wort: Zeit gewonnen, alles gewonnen, einmal Recht.

### Die Groteske von Strelitz

Als der letzte Großherzog von Mecklenburg-Strelitz freiwillig aus dem Leben schied, war die Gelegenheit außerordentlich günstig für das Land, von der Karte zu verschwinden. Kein Erbe war vorhanden. Der einzige Thronanwärter dient im russischen Heere gegen uns und hatte damit seinen Anspruch verlor. Alle Erbverträge hätten die Möglichkeit gegeben, Strelitz und Schwerin zu verschmelzen. Aber man bescherte gewaltig auf. Die Selbständigkeit und Eigenart sollten gewahrt bleiben. Man saß sich vergebens an den Kopf und fragt sich, worin die Eigenart dieser 100.000 Menschen besteht, die in einer deutschen Großstadt verschwinden würden. Leider ließ ja die Revolution die alten Grenzen der Dynastien bestehen. Nun haben wir eine neue Groteske erlebt. Die Sozialdemokraten stellen dort den einzigen Minister, Herrn von Reibnitz. In mühevollen Verhandlungen gelang es, eine Koalition zustande zu bringen, die aus der Mitte und der Linken sich zusammensetzte. Lieber die Befreiung der beiden Ministerialdirektorenposten kam es dann zum Bruch. Der Etat wurde abgelehnt, der Minister trat zurück. Da die Sozialdemokraten sogar den Antrag stellten, ihn auch nur die Führung der Geschäfte zu verbieten, ließ man auf dem Trocknen. Das Reich hat jetzt das Recht, auf Grund des Artikels 48 einzugreifen. Man benötigte sich jedoch damit, einen Ministerialrat als Reichsminister nach Strelitz zu entsenden. Dänzigel, unserem Parteifreunde, gelang es schließlich auch, den Bruch zu verflüchten, so daß alles in besserer Ordnung wieder einmal ist. Als wir wiederum Wir müssen ganz ehrlich gestehen, wenn auch Dänzigel seinen Auftrag ausgezeichnet ausgeführt hat, daß uns dieser Auftrag selbst nicht geht. Man hätte zugeben müssen, daß die beiden Seiten aufstehen sollen, um die Kleinmatterserien lächerlich zu machen. Sie muß sobald als möglich ein Ende nehmen. Nur Walded hat bisher den rechten Weg gefunden. Auch in Schaumburg-Lippe ging man mit einem entsprechenden Beschluß, nachdem man schon einmal in einer Volksabstimmung unterlegen ist. Auch da siegte die Eigenart der 50.000, die sich von Fremdbestimmungen, lies Weußen, so hieß es auf einem Wirt, nicht das Vorbegehenden lassen wollten. Sauerlich erregte haben die Beschlüsse über die Verwaltungsverordnung weiter. Bundesweite Beschlüsse werden bekräftigt und sind jetzt für 35 MR im Bundtag zu bekommen. Aber praktisch geschieht leider nichts.

### Die zwei Reichspräsidenten

Herr von Freitag, Vorkühnen, der Intimus Hugenberg, der alles das aussprechen darf, was sein Herr zu klug ist, hat in einer rheinischen Versammlung der Deutschen nationaler gewaltig gegen Hindenburg vom Leber gezogen. Die Gründe nannte er nicht, doch können wir sie ergänzen. Der Reichspräsident hatte es abgelehnt, auf die Diktatorvorschläge Hugenberg's einzugehen, weil sie zwar mit der Verfassung leicht in Einklang zu bringen waren, aber Deutschland nur in ein neues Unheil geführt hätten. Daher die Abweisung. Freitag lobte Ebert über den grünen Äste, was uns überraschender annimmt, als er zu Lebzeiten dieses ausgezeichneten Mannes keinerlei Worte der Anerkennung für ihn gefunden hat, sondern im Gegenteil sich an der Hege gegen ihn beteiligte. Er nennt ihn jetzt klug und tatkräftig und beiseitigt ihn, daß er die Stellung des Präsidenten gefakt habe. Dieses Lob hat einen giftigen Beigeschmack, weil es mit einer Herabsetzung Hindenburgs verbunden ist, der politisch die Stellung nicht ausgebaut hat. Sachlich ist das grundsätzlich, denn die Persönlichkeit des zweiten Präsidenten hat manche Kräfte beendet, immer unter weißer Beschränkung auf die verfassungsmäßigen Rechte und schließlich geküßt auf sein Ansehen. Dieses deutsche nationale Abstreifenstium werden wir sobald nicht vergessen. Bei dieser Gelegenheit soll auch noch der besonderen Freude Ausdruck gegeben werden, daß Hindenburg die doch recht bedenkliche Krankheit überstanden hat.

Richard Mah.



# Der scheidende Reichsjustizminister

## Koch-Wefers Werk

Die Befriedigung darüber, daß es nach vielen Irrungen und Wirrungen endlich gelungen ist, klare Reichstagsverhältnisse zu schaffen, wird für die Deutsche Demokratische Partei getrübt durch das schmerzhafte Bedauern, daß der Reichsjustizminister Koch-Wefers sein Amt und seine Arbeit verlassen muß, um einem Zentrumsangehörigen Platz zu schaffen. Es ist ein mißverständlicher Parlamentarismus, der an die Stelle der Verantwortlichkeit die Wechsellagerung herbeiführt. Alle Kreise in Deutschland sind sich darüber einig, daß der Reichsjustizminister Koch-Wefers sein Amt in hervorragender Weise geführt hat. Auch darüber ist man sich klar, daß für seinen Nachfolger die Einarbeit gerade in die schwierigen Fragen der Strafrechtsreform nicht leicht sein wird; trotzdem mußte im Reichsjustizministerium ein Wechsel stattfinden, denn die Fraktionsarithmetik wollte es so.

Es ist schon so aus staatspolitischen Erwägungen heraus der Wechsel im Reichsjustizministerium zu bebauern, so treten dazu persönliche Gründe, die dieses Bedauern verstärken. Der Parteiführer Koch-Wefers hat, als er das Amt übernahm, sich mit ganzer Kraft und einem wirklich seltenen Verständnis um die großen aktuellen Reichstagsprobleme bemüht. Wir können es ruhig sagen, daß Koch-Wefers dieses Amt geliebt hat, weil er die Aufgabe liebte. Und der Weg, den er eingeschlagen hat, ist sicherlich deshalb schmerzhaft, weil er viel von dem, was er anregte, kräftig förderte und vorantreibt, noch nicht zum Abschluß bringen konnte. Es gehört schon ein gut Teil Verantwortungsgelächter, es gehört schon ein starker Wille zur politischen Aufbauarbeit dazu, um angesichts der schwierigen und feindseligen Verhältnisse der letzten Monate das Amt eines Reichsjustizministers so zu führen, wie Koch-Wefers es getan hat. Die ständige Prolongation dieses Amtes auf ungewisse Zeit, die durch die Stellung der einzelnen Fraktionen geschah, war nicht gerade sehr glücklich. Man konnte es durchaus verstehen, daß Koch-Wefers nach dem ersten Scheitern der Verhandlungen sein Amt sofort zur Verfügung zu stellen. Der Wille, die Verhandlung nicht zu erschweren, sondern zu erleichtern, hat ihn bewegen, das Amt bis zu der jetzt erfolgten Einigung weiter zu führen.

Ein Rückblick über Koch-Wefers Ministerialtätigkeit zeigt, wie viel fruchtbarer Arbeit er geleistet hat. Daß es gleich zu Beginn der Tätigkeit gelang, die seitige Frage der Amnestie zu einem befriedigenden Abschluß zu bringen, der mit Ausnahme der zureichenden Sozialdemokratischen Parteien des Reichstages Zustimmung, sicherte ihm von vornherein bei den Parteien des Reichstages eine große Autorität. Man mag über Amnestie denken wie man will, daß die seit Jahren darüber in der Bevölkerung gehetzten Wünsche endlich einmal zum Abschluß gebracht werden mußten, und daß dieser Abschluß nicht von parteipolitischen Erwägungen, sondern von der einmütigen Zustimmung des Reichstages getragen war, bedeutete eine befriedigende Lösung.

Das hauptsächlichste Verdienst aber ist in der tatkräftigen Förderung der Strafrechtsreform und ihrer Durchbringung mit neuzeitlichem Geiste zu sehen. Wenn eine Ansicht besteht, daß das große Werk in absehbarer Zeit zustande kommt, so ist es auf die Arbeit des letzten Jahres zurückzuführen, in der der allgemeine und die wichtigsten Bestimmungen des besonderen Teils zum Abschluß gebracht sind, und die größten Schwierigkeiten, die in politischen, sozialen und kulturellen Meinungsverschiedenheiten lagen, überwunden sind. Es braucht dabei hier nur an die fast reißende Wiederaufnahme des Gesetzes, an die Anpassung der Bestimmungen über die Vermögensförmige Neuregelung der Bestimmungen über Koch- und Landesverrat erinnert zu werden.

Es muß weiter auf Koch-Wefers Stellungnahme hingewiesen werden, die die Behandlung gemeingefährlicher Gewohnheitsverbrecher auf der einen Seite und die Behandlung politischer und sonstiger Heberzeugungverbrecher auf der anderen Seite zum Gegenstand hat. Und es ist hervorzuheben, daß unter seiner Ministerleitung der Entwurf eines Einführungsgesetzes zum Allgemeinen deutschen Strafrecht fertiggestellt wurde. Es handelt sich da um jenes wichtige Gesetz, das sich zum Strafrechtsgesetz erweitert hat.

In der lange erörterten Frage der Scheidung wurden die Anträge der Parteien gegen den Widerstand des Zentrums und der Deutschnationalen in den Reichsausschuß gebracht und die Beratung dort durch die Überwindung eines Referentenentwurfes, der die Scheidung in einer mit den heutigen Anschauungen verträglichem Weise regelt, gefördert. Die Reform ist so weit vorgeschritten, daß auch ein neuer Minister nicht mehr in der Lage sein wird, sie zu verhindern.

Weder die Stellung des neuen Reichsjustizministers ist dem Reichstag ein Entwurf zugegangen, der auch auf diesem Gebiet eine vorzuziehendere Neuregelung für Mutter und Kind bringt. Koch-Wefers hat ferner ein Ausführgesetz zum Reichstag eingebracht, und im Reichsausschuß zur Verabreichung in erster Lesung geführt, das die Verwaltungswirkung befreit und die Auslieferung bei politischen Delikten felsen und einschneidenden Grundgesetzen unterwirft.

Dem vorläufigen Zustand, nach dem die Justiz in den verschiedenen Teilen des Reiches völlig verchiedenartig aussieht, sind, ist er mit Entschiedenheit zu Werke gegangen. Es ist ihm gelungen, sämtliche Länder zu einem grundsätzlichen Einverständnis über die Verbeifüh-

zung einer gleichmäßigen Ausbildung zu bringen und die Arbeiten der Kommission gründlich zu fördern. Wenn diese Arbeit abgeschlossen ist, so wird die viel geordnete Freizügigkeit der Anwaltschaft in Deutschland als selbstverständliche Folge anzusehen sein.

Den berechtigten Wünschen der Anwaltschaft ist er durch ein neues Gesetz über die Regelung der Arzmmengedühren entgegengekommen. Wichtiger noch ist, indem in Zukunft die Anwälte nach einem regelmäßigen Lohn aus den Oberlandesgerichten und aus Vorläufern der Vereinigung der deutschen Anwaltskammern berufen werden. Noch in den letzten Tagen seiner Amtstätigkeit hat er sich mit Entschiedenheit gegen die Benachteiligung der freien Berufe zur Gewerbesteuer gewandt. Es muß schließlich als eines der wichtigsten Verdienste noch des Umstandes gedacht werden, daß er die Beziehungen des Justizministeriums nicht nur zu Richterämtern, sondern auch zur Anwaltschaft wesentlich verbessert hat. Seine große Rede vor dem Reichstag in Salzburg bezog sich in der gesamten juristischen Welt, umschloß aber Parteizugehörigkeit, einer beschränkten Aufmerksamkeit.

Koch-Wefers hat als Reichsjustizminister mit vielen alten Jähren aufgeräumt, und es ist ihm besonders zu danken, daß er endlich mit dem Reichstag einen brauchbaren Gesetzentwurf über die Abänderung der Stanzbeschlüsse in den Reichsausschuß vorgelegt hat, denn der Entwurf des deutschnationalen Reichsjustizministers Graf entsprach in seiner Weise den Anforderungen, die gestellt werden mußten, um dieses Stück Mittelalter endlich zu befeitigen. Die gegenwärtigen Verhältnisse lassen hoffen, daß dieser Gesetzentwurf baldigst Gesetz wird.

Zum Schluß sei nur noch darauf hingewiesen, daß Koch-Wefers in seinem Respekt und über sein Respekt hinaus ständig für das Ziel gekämpft hat, was ihm Lebensaufgabe

geworben ist, die Schaffung des dezentralisierten Einheitsstaates. Unverkennbar wird er als einer der Führer und Träger dieses bedeutsamen und klug im Ausmaß der Länderbefreiung an diesem großen deutschen Problem weiter mitarbeiten. Koch-Wefers darf bei seinem Ausscheiden aus seinem Amt schließlich und endlich aber auch die Befriedigung haben, daß ihm als bald ein neues reiches Tätigkeitsfeld an der Spitze der Deutschen Demokratischen Partei ermarst. Ob Reichsjustizminister oder Parteiführer, Männer wie Koch-Wefers dürfen nicht feiern, sie werden überall Arbeit genug vorfinden.

## Die Anerkennung der Öffentlichkeit

Zu dem Ausscheiden des Reichsjustizministers schreibt die „Frankfurter Zeitung“: „Das kann doch wohl ausgesprochen werden, daß von allen Justizministern seit der Revolution Koch-Wefers der beste war. Man braucht nur an seine Initiative zur Gesetzesreform, zur Verbesserung der Landesvertrags-Paragrafen im Strafgesetzbuch, zur Gesetzesreform usw. zu erinnern, um zu erkennen, wie wertvoll es war, daß einmal ein wirklich fortschrittlicher tatkräftiger Mann an der Spitze des Justizministeriums wirken konnte.“

Im „Berliner Tageblatt“ schreibt Dr. Feder u. a.: „In dem bisherigen Justizminister Koch-Wefers vertritt das Kabinett einen seiner besten Männer. Es geht ein neuer Zug durch das Amt, seit Koch-Wefers die Leitung übernommen hat.“

Rechtsanwalt Dr. Curt urteilt in der „Vossischen Zeitung“: „Kochs Arbeit im Reichsjustizministerium hat nicht nur bei Juristen alle Kreise, sondern überhaupt bei allen Bewußten gefunden, denen an einer Lösung der zahlreichen gesetzgeberischen Probleme der Justiz gelegen ist. Auch von weiter rechtsstehenden Juristen konnte man hören, wie sehr sie es begrüßten, daß Koch-Wefers einen frischen Zug tatkräftigen Eingreifens in die Justizgelegenheiten hineingebracht hat.“

Auch der „Sonnenschein“ findet volle Anerkennung für die Tätigkeit, in dem das sozialdemokratische Blatt schreibt, daß sich Koch-Wefers ausgezeichnet bewährt habe, sein Ausscheiden sei sehr zu bebauern.

# Die Reichsbahn als Käufer!

Die öffentliche Hand ist der größte Auftraggeber der deutschen Industrie. Nach einem Ueberblick, den das Reichswirtschaftsministerium veröffentlicht hat, betragen die Gesamtaufträge der öffentlichen Hand im Jahre 1926 rund 2,3 Milliarden, im Jahre 1927 rund 3,38 Milliarden und im Jahre 1928 rund 2,6 Milliarden Reichsmark; in genannten Zahlen sind auch die Aufträge der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft einbezogen, die im Jahre 1928 mit 1,5 Milliarden den weitaus größten Posten innerhalb dieser Summe ausmachen. Der Umfang der Reichsbahnaufträge gibt der Art und Weise ihrer Durchführung besonders volkswirtschaftliches Interesse. Ueber dieses Gebiet hat der Generaldirektor der Reichsbahn-Gesellschaft, Dr. Dormmiller, vor einiger Zeit in Frankfurt a. M. gesprochen und wir entnehmen diesem interessanten Ueberblick die folgenden Ausführungen:

Die Einkäufe und Bestellungen der Reichsbahn sind weitgehend zentralisiert, d. h. es gibt 5 zentrale Beschaffungstellen, das Zentralamt in Berlin, das Zentralmaschinen- und Zentralbauamt in Mühlheim, die Reichsbahndirektion in Dresden, Stuttgart und Karlsruhe. Auf diese Weise wird die Zentralisierung nicht überhöht und man nimmt Rücksicht auf die wirtschaftlichen Interessen der früheren Eisenbahndirektionen. Darüber hinaus hat diese Unterteilung auch den Vorteil, daß sie einen Preisvergleich und eine gewisse Kontrolle der einzelnen Beschaffungstellen ermöglicht. Diese zentralen Beschaffungstellen arbeiten nach größeren Beschaffungsplänen, die von der Hauptverwaltung genehmigt werden müssen, bei deren Ausführung die Stellen aber völlig frei und auch an keine Geldgrenze gebunden sind. Grundätzlich soll diese Zusammenfassung die Möglichkeiten bieten, jede leistungsfähige Firma heranzuziehen. Gerade weil es sich um größere Mengen handelt, sind Firmen, die technisch und wirtschaftlich auf der Höhe stehen, meistens in der Lage, durch günstige Preisstellung in erheblichem Umfang ins Geschäft zu kommen.

Zentral beschafft werden grundsätzlich Rohmaterialien und Spandatsmaterialien, die ihrer Natur nach beim Einkauf in einer Hand zusammenzufassen sind. Weiter werden zentral beschafft Normteile und Waren, die in großen Mengen in gleicher Ausführung gebraucht werden, da sie bei Zusammenfassung billiger erhältlich sind. Als allgemeiner Grundbehelf wird dabei aufgestellt, daß Sorten, bei denen der Jahresverbrauch den Wert von 50 000 Reichsmark übersteigt, zentral beschafft werden sollen.

Daneben gibt es bei der Reichsbahn noch das System der Gruppenbeschaffung. Teile, die an verschiedenen Schwerpunkten des Reiches aufgenommen und eine zusammengefaßte Beschaffung von mehreren Direktionsbezirken lohnen, z. B. Holzbock und Bettungsstoffe, werden gruppenweise beschafft. Auch der Bedarf der Ausbesserungswerte wird gruppenweise durch 10 Reichsbahndirektionen, unter die das Verhältnismäßig aufgeteilt ist, beschafft. Hierbei besteht aber auch die Möglichkeit der Einzelbeschaffung bei Sorten, die nur gelegentlich und in geringen Mengen gebraucht werden. Für solche Fälle können die geschäftsführenden Reichsbahndirektionen den Ausbesserungswerten selbst die Beschaffung überlassen. Bei all diesen Einkäufen, die nicht zentral beschafft werden, sind die verantwortlichen Stellen verpflichtet, Aufträge bis zu 30 000 Reichsmark öffentlich, bis zu 10 000 Reichsmark beschränkt auszuführen und bis zu 5000 Reichsmark freihändig zu vergeben.

Den Beschaffungswerten werden von der Hauptverwaltung — wie schon erwähnt — Beschaffungspläne zugeteilt.

Der Zweck dieser Pläne ist, die Geldwirtschaft der Beschaffungswerten dauernd zu übermannen und zu erreichen, daß die Beschaffungsausgaben mit der Flüssigkeit der Reichsbahnkassen in Einklang stehen. Die angepaßte Finanzlage hat in den letzten Jahren dazu geführt, selbst die Beschaffungspläne, die zur Deckung des laufenden Bedarfs dienen, nur für 3 oder 6 Monate zu genehmigen. An diesem Punkte zeigt sich eine der Schwierigkeiten des Beschaffungswesens überhaupt. Grundätzlich müßte natürlich bei durchsichtiger Finanzlage die Herstellung von Beschaffungsplänen für das ganze Jahr möglich sein. Das würde die Dispositionen der Beschaffungswerten wesentlich erleichtern und würde der Wirtschaft einen Ueberblick über die Größe des Jahresbedarfs gekannt. Das wäre schon angesichts des Umfanges der Einkäufe, die — wie schon erwähnt — 1,5 Milliarden und mehr betragen und daher einen außerordentlich starken Einfluß auf den Markt ausüben, sehr zu begrüßen. Es ist gar kein Zweifel, daß die Reichsbahn infolge des Umfanges ihres Bedarfs einen erheblichen Einfluß auf den Konjunkturverlauf ausüben kann. Sie kann geradezu Konjunkturpolitik treiben und es liegt durchaus in ihrem geschäftlichen Interesse, wenn sie ihrer Beschaffungspolitik ausgleichend auf die Konjunkturverhältnisse zu wirken sucht. Sie muß dabei auf die Konjunkturkonjunktur achten, was vor allem durch die Kohlenversorgung und der Schotterbeschaffung wichtig ist, sie soll aber auch besonders notleidende Wirtschaftszweige unterstützen berücksichtigen. Denn die zitierte Reichsbahnunterstützung berücksichtigen. Denn die zitierte Reichsbahnunterstützung berücksichtigen. Denn die zitierte Reichsbahnunterstützung berücksichtigen.

Für alle größeren Einkäufe werden Lieferungsverträge abgeschlossen. Die Vertragsbedingungen beruhen auf dem Bürgerlichen Gesetzbuch und dem Handelsgesetzbuch. Nun hat sich das Bedürfnis herausgestellt, diese Verträge eine neuere Form zu geben, was insbesondere aus den Kreisen der Lieferanten angeregt wurde. Es findet gegenwärtig unter der Führung des Reichsjustizministers eine Neubearbeitung statt, an der auch Vertreter des Handels und der Industrie beteiligt sind, deren Abschluß jedoch erst in geraumer Zeit zu erwarten ist. Im großen und ganzen kann man vielleicht als Ergebnis der bisherigen Verhandlungen feststellen, daß die öffentliche Ausschreibung mehr und mehr zugunsten der freihändigen Vergabe an Bedeutung einbüßt. Die Reichsbahn besitzt in der Zentral- und in einzelnen Beschaffungswerten Spezialitäten für den Einkauf wichtiger Bedarfsgüter wie Kohle, Schmieröl usw., die über die jeweilige Marktlage ihres Interessengebietes unterrichtet und daher in der Lage sind, dem Einkauf eine größere Beweglichkeit und eine bessere Anpassung an die Markt- und Konjunkturbewegung zu verleihen.

## Jeder Demokrat schließt sich der Deutschen Demokratischen Partei an

Anmeldung:

Dach, Große Brauhausstraße 30.



# Aus dem Bericht der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung

Von Oberdirektor Dr. Bohner, M. d. L.

Als Druckache 945 hat der Reichsarbeitsminister dem Reichstag den ersten, nach dem Gesetz vom 16. Juli 1927 jährlich zu wiederholenden Bericht der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung für die Zeit von ihrer Begründung am 1. Oktober 1927 bis 31. Dezember 1928 vor. Die Anstalt gliedert sich in 13 (früher 22) Landesarbeitsämter und 361 (881) Arbeitsämter und rechnet im Haushalt 1929 mit 12.310 Beamten und Angestellten bei ihren Arbeitsämtern gegen 15.000 im Jahre 1927. Die Verminderung um 190 Stellen geht auf die Entlastung durch die besonderen Maßnahmen für die berufstätigen Arbeitslosen zurück. In Einnahme und Ausgabe verfügt die Anstalt 1928 über rund 1,3 Milliarden oder nach Abzug der besonderen Mittel und durchlaufenden Posten für Reisen, berufstätige und werkschaffende Arbeitslosenfürsorge über rund eine Milliarde mit 840 Millionen Einnahme aus den Beiträgen zur Arbeitslosenversicherung und 816 Millionen Ausgaben für die Unterhaltungen. Der einzelne Unterfahrgabe bezog monatlich im Durchschnitt 81,73 Mark. Die Ausgaben für Personal- und Sachbedarf der Ämter betragen 7,2 Prozent. Das sind aber nicht reine Verwaltungskosten; denn es stehen darin auch die Kosten für Arbeitsvermittlung und Berufsberatung. Die Anstalt begann ihre Tätigkeit in der günstigsten Zeit: der Tiefpunkt von 390.000 Hauptunterstützungsempfängern und rund 440.000 Arbeitslosen überaupt, 4,5 Arbeitslose und 2,0 Kurzarbeiter auf 100 Gewerkschaftsmitglieder am 1. Oktober 1927 zeigt den günstigen Stand des Arbeitsmarktes seit der Stabilisierung der Währung. 1928 und besonders der harte Winter 1928/29 brachten eine dauernde Verschlechterung, bis Ende Februar 1929 die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung, in der Sonderfürsorge für berufstätige Arbeitslose und in der Kreisunterstützung auf 2,5 Millionen stieg. Außer durch die Witterungsunfälle ist diese Steigerung bedingt durch ein Abwandern der Arbeitnehmer in die saisonmäßig bedingte Beschäftigung und die zunehmende Neigung der Arbeitgeber, besonders auch der Landwirtschaft, früher durchgeschaltene Arbeitskräfte beim geringsten und nur vorübergehenden Nachlassen der Beschäftigungsmöglichkeit abzulassen. Es ist bekannt, daß die unglückliche Entwicklung die Reichsanstalt gesonnen hat, ein Darlehen von rund 150 Millionen dem Reich zu erbitten.

Es entfielen auf 100 Krankentage im Durchschnitt 3 Hauptunterstützungsempfänger in Arbeitslosenversicherung und Kreisunterstützung.

	im Reich	beim Landesarbeitsamt Mitteldeutschland
Oktober 1927	2,3	1,4
November	3,7	3,3
Dezember	6,9	7,2
Januar 1928	7,6	9,0
Juli	3,0	2,5
August	3,0	2,5
Oktober	3,5	2,8
November	5,2	4,6
Dezember	8,6	8,0

Die günstigste Zahl erreicht Thüringen mit 0,9 im September 1928, aber auch die ungünstigste mit 12,3 im Februar 1928. Es spiegelt sich in diesen Zahlen die Lage der unterschiedlichen Landwirtschafte.

Nach diesem Allgemeinen ein paar Einzelziffern.

## I. Landwirtschaftliche Arbeitsvermittlung.

Die öffentlichen Arbeitsnachweise treten nach dem Gesetz erst auf 1. Januar 1931 hier endgültig an Stelle der gewerkschaftlichen Arbeitsvermittler. Die besondere Saue im Frühjahr 1928 (Mangel an Arbeitskräften auf dem Lande, Verlangen nach ausländischen ländlichen Arbeitskräften, 1.200.000 Arbeitslose bei uns, davon ein großer Teil in ländlichen Gemeinden) führte zu rascheren Eingriffen. Da hier aber die Fühlung mit dem Arbeitgeber besonders nötig ist, bleibt die Größe mancher Bezirke — 60 bis 80 Kilometer — ein Hindernis. Die Anstalt wußte 1929 einen großen Teil ihrer Ämter mit Kraftwagen und mehr Arbeitskräften ausstatten müssen; die Mehrkosten von 1,8 Millionen werden schon durch die Unterbringung von 2000 Arbeitslosen eingespart. Durch Herabsetzung der Arbeitskräfte konnte die Anzahl schon Sommer 1928 und 30.000 Arbeitslose mehr ausgeben: 20.000 durch Vermittlung, 10.000 wegen unzureichender Ablehnung landwirtschaftlicher Arbeiten oder weil sie erklärten, selbst Arbeit zu finden. Rund 120.000 auf das Land vermittelte Arbeitskräfte stammten aus der Stadt, (7914 in Mitteldeutschland, davon 630) aus dem eigenen Bezirk. Rund 10.000 jugendliche ländliche Arbeiter zuzüglich 14 und 18 Jahren wurden häuslichen Betrieben zugeführt; wenn sie auch im Winter wieder in der Stadt Arbeit suchten, so blieben doch 20 Prozent dauernd auf dem Lande. Die Anstalt unterhält eine eigene Landarbeiterschule, in der jährlich rund 800 Jugendliche umschult werden. Von den älteren auf das Land vermittelten Arbeitskräften kehrt aber ein Drittel oder rund 35.000 in den ersten drei Wochen wieder in die Stadt zurück; sie dienen nur dem Arbeitslosenbedarf des Landes (Sommer- und Winterferien). Des Kontingents der ausländischen Arbeiter ist 1929 um 15.000 gestiegen worden; außerdem dürfen 40 Prozent erst jetzt, nach dem 15. April, angeworben werden. Die Reichsanstalt hofft so 400.000 ländliche Arbeiter mehr unterzubringen. Vorbedingung dazu ist allerdings eine menschliche Wohnung für den Landarbeiter. Mit Mitteln der reichsforstenden Arbeitslosenfürsorge sind seit 1921 47.250 Landarbeitereignungen (28.666 in der Provinz Sachsen) erbaud worden, davon 24.318 als Eigenheim, 23.202 als Wohnwohnungen. Die Kosten eines Eigenheims (bis

zu 70 Quadratmeter Wohnfläche, bis 40 Quadratmeter Stall- und Scheunfläche) werden auf 9000 Mark geschätzt, wovon 7400 Mark bei Erdrückung in der Rechtsform einer Reichshypothek als Darlehen gegeben werden können. Zur Verbilligung der dann aus Reichs- und Landesmitteln bis zu 3 Prozent, 72,8 Prozent aller Landarbeitereignungen im Reich, 68,2 Prozent in Preußen sind heute Eigentum ihrer Bewohner; 1921 waren die Zahlen 6,2 und 3,3 Prozent.

## II. Voraussetzung der Arbeitslosenunterstützung.

Unterstützung erhält, wer arbeitsfähig, arbeitswillig, aber unwillig arbeitslos ist. Arbeitsfähig ist, wer imstande ist, durch eine Tätigkeit, die seinen Kräften und Fähigkeiten entspricht und ihm unter Berücksichtigung seines bisherigen Berufs zugemutet werden kann, wenigstens ein Drittel dessen zu erwerben, was gewöhnlich und für gewöhnlich gesunde Personen derselben Art mit ähnlicher Ausbildung in derselben Gegend durch Arbeit zu verdienen pflegen. Kein Wochen hat der Arbeitslose das Recht, eine Arbeit nach seiner Vorbildung oder seiner früheren Tätigkeit abzulehnen. Lehnt er nachher das Angebot auch anderer Arbeit ab, so fällt das Recht auf Unterstüttung, außer wenn ihm die Ausübung erhebliche Nachteile für sein späteres Fortkommen bringt. Nicht berechtigt sind Unternehmer landwirtschaftlicher Betriebe, die saisonmäßig unelbständige Arbeit außerhalb ihres Betriebes übernehmen, um im Anschluß daran dann wieder in der eigenen Landwirtschaft tätig zu sein. Das Arbeitsamt hat dabei keine Entscheidung nach Erfahrungsstufen abzugeben. Im übrigen stellt die Reichsanstalt fest, daß Arbeitgeber gelegentlich Arbeitsmangel als Entlassungsgrund angeben, auch wo eigener Wunsch des Arbeitnehmers vorliegt, er also nicht unterstützungsberechtigt wird.

## III. Berufsähnliche Arbeitslosigkeit.

Den winterlichen Ausfall in der Arbeitslosigkeit schätzt der Bericht auf 1,2 Millionen Arbeitnehmer, die allerdings nicht alle dabei berufstätige Arbeitslosigkeit erfahren, d. h. eine Arbeitslosigkeit, mit deren regelmäßiger Wiederkehr in dem Gewerbe zu rechnen ist und der bei der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen Rechnung getragen ist. Wenn ein solcher Arbeitnehmer in der Saison höhere Löhne aus diesem Grunde beanprucht und erhält, kommt er in eine höhere Klasse und hat damit Anspruch auf höhere Unterstüttung. Hat er nicht damit doppelte Vorteile? Durch das Gesetz vom 24. Dezember 1928 ist diese Frage geregelt: innerhalb der berufstätigen Arbeitslosigkeit erhält er nur sechs Wochen Unterstüttung, sonst ist er an die Sonderfürsorge verwiesen, deren Kosten zu 1/3 das Reich, zu einem die Reichsanstalt trägt und die Kreisfürsorge ist, d. h. im Höchstfalle nach Lohnklasse VIII berechnet wird, während z. B. am 15. Dezember 1928 14,9 Prozent der Empfänger in den drei höheren Lohnklassen IX bis XI versichert waren.

Daß die Lösungen noch nicht in allem befriedigen, daß besonders auch die schwierige Frage der berufstätigen Arbeitslosigkeit noch genauer Beobachtung und entsprechender Regelung bedarf, verkennt der Bericht nicht. Bei aller Kritik an dem Gesetz von 1927, die einem besonders in Verarmungen auf dem flachen Lande entgegentritt, sollte man nicht übersehen, daß die Reichsanstalt unter den schwierigsten Verhältnissen beginnen mußte und daß ihre Bedeutung für die Entlastung des Arbeitsmarktes und der Erhaltung jedes Jahres wachsen muß. Vor allem aber bedeutet doch die Existenz der Anstalt heute schon eine gewisse Entlastung der Gemeinden.

## Eine merkwürdige Wirtschaftszeitung

Prompote Wirkung.

Die „Mitteldeutsche Rundschau“ veröffentlichte eine Notiz über einen Segartitel, „31 Deutschland rettungslos verloren“, den die Wirtschaftszeitung der Industrie- und Handelskammern Magdeburg und Halberstadt aus einer Wochenchrift nachgedruckt hatte.

Auf die Nachricht von dem Eingreifen des preussischen Handelsministers hat die Schriftleitung jetzt nicht solange Erklärung abgegeben: „Aus unserem Kreis wird nur wiederholt gebeten worden, einen Artikel zu veröffentlichen, der die Notwendigkeit einer parlamentarischen Lebensführung in Deutschland behandelt. Dabei wurde uns auch der unter dem Titel „31 Deutschland rettungslos verloren“ in der vorigen Nummer unseres Blattes abgedruckte Aufsatz, der in der Wochenchrift „Handel und Industrie“ in Minden vom 9. Februar 1929 erschienen war, unterbreitet. Der Abdruck dieses Artikels ist verheerend nicht hinzugefügt worden, daß wir keineswegs allen Ausführungen des Verfassers beifolgend sind. Wir behaupten dies um so mehr, als der Artikel verschiedene Gesetzmäßigkeiten enthält, die wir nicht billigen.“

Das dürfte nun freilich noch nicht genügen, wenn die Kammer glaubt, sie könne solche parteipolitischen und demagogischen Ergüsse abdrucken, wenn sie nur dazu schreibt, daß sie nicht in jedem Punkt damit einverstanden ist. Der Preussische Handelsminister hat ihr denn auch eröffnet lassen, daß der Abdruck solcher parteipolitischen Angriffe überhaupt zu unterbleiben hat. Nur mit Rücksicht darauf, daß die Kammer bereits von sich aus verurteilt hat, den Fall abzustellen, ist von einem disziplinarischen Einschreiten gegen den verantwortlichen Beamten für diesmal abgesehen worden.

## Die vornehmen Deutschnationalen

Der demokratische Abgeordnete Lemmer, der von seinen Parteifreunden in Bonnern in den Reichstag gewählt worden ist, hat sich unlängst darum bemüht, der Notlage der Fischer in Krolow- und Biekerland dadurch etwas abzuheben, daß er auf Sammlungen aus außerhalb Bonnens der Wohnort der Fischer in (Nipponern) hinwirkte. Und er hat sich mit Erfolg bemüht, denn es ist ihm gelungen, den notleidenden Familien eine stattliche Anzahl von Tausenden von Mark einzuhändigen. Jeder häusliche Mann, zumal wenn er selbst Bommer ist, würde sich dieser hochherzigen Tat freuen. Anders die bommerischen Deutschnationalen, die alles nur durch die Parteibrille anzusehen vermögen. Wie gemein und niederträchtig diese Leute eine wahrhaft soziale Tat zu verunglimpfen suchen, das zeigt ein Artikel der Schlawer Zeitung (Nr. 77), den diese unter der Überschrift: „Was hier jemand mit der sozialen Arbeit nach dem politischen Scharten?“ veröffentlicht. Der Artikel lautet:

„Herr Lemmer, demokratischer Spitzenkandidat für Bonnern, hat außer der durch die offizielle Sammlungen in Nipponern aufgebracht Summe von 16.780 Mark aus ihm nachbleibenden politischen Kreisen noch 9.000 Mark gesammelt — verdammt wenig für die Herrn Lemmer politisch betreuten Kreise der Bonnenshäuser und internationalistischen Finanzgrößen, die mit Millionen rechnen. Mit einem Teil dieser Summe bewaffnet, ist zu Herrn Herr Lemmer persönlich von Berlin (als deus ex demokratidur machina?) nach Biekerland und Krolowland ins Bonnernland gereist, um das Geld den Hinterbliebenen der ertrunkenen Fischer und sonstigen notleidenden Fischern zu geben. Die ganze demokratische Presse begleitet diese, natürlich aus reinster Menschheitsfreundlichkeit unternommene Reise des bommerischen Demokratentemmas mit aufregendem Zogelange. Herr Lemmer wird schon gefastet müssen, daß manchem so mancher Gedanken kommen bei dieser politischen Wohltätigkeit. Wer nicht völlig auf den Kopf gefallen ist, merkt die Wichtigkeit dieser Aktion so deutlich, daß er gar nicht anders als verstimmt sein kann. Nicht, gewiß nicht, weil er den armen Fischern die paar von der Lemmerhande auf sie entfallenden Mark nicht gönnt. Aber weil ihm jede Vergeltung von belender Menschenliebe mit politischem Verschärfenaden... anwidert.“

Es genügt, diesen Graus einer schönen Seele so allgemeinem Kenntnis zu bringen.

## Im Preussens Gewerbesteuer

Vorausichtlich Ablehnung.

Wie aus parlamentarischen Kreisen verlautet, ist nicht damit zu rechnen, daß die Zweibrümmerei aufgebracht wird, die nach dem Einpruch des Staatsrates für das Inkandekommen des Gesetzes nötig ist. In diesem Falle geht der vorliegende Gesetzesentwurf in seiner Gesamtheit als abgelehnt und es bleibt weiteren Entscheidungen vorbehalten, welche Folgerungen aus dem Ergebnis einer solchen Abstimmung zu ziehen sind; u. a. wird wahrscheinlich darüber verhandelt werden, ob das alte Gewerbesteuergesetz durch einen Initiativantrag der Regierungsparteien weiterhin Gültigkeit erhalten soll.

## Reichsminister und politische Beamte

Verlage über Pensionsregelung.

In der nächsten Zeit wird den eingehenden Körperpflichten vom Reichsminister ein neues Aufgabengebiet für politische Beamte vorgelegt werden, das insbesondere die Pensionen der politischen Beamten regeln soll, die nicht aus der Beamtenkategorie stammen. Weiterhin herrscht unter den Parteien Einigkeit, daß in der nächsten Zeit ebenfalls aus die Frage der Ministerpensionen geregelt werden soll, und zwar im Hinblick auf die Höchstpensionen und die Doppelverdiener.

## Die Änderung der Einkommensteuer

Erfahrungen vorgehen.

Wie verlautet, wird sich der Reichstag im Zusammenhang mit den Verhandlungen über den Reichshaushalt auch mit einer Gesetz über die Änderung der Einkommen- und Körperschaftsteuer zu befassen haben. Bei der Einkommensteuer wird, wie bereits mitgeteilt, der Verlustvortrag in den beiden unmittelbar vorangehenden Steuerabrechnungen berücksichtigt werden. Das gilt insbesondere für die Steuerpflichtigen, die bisher führen. Die erste Anwendung dieser neuen Bestimmung soll bereits im Jahre 1929 stattfinden, und zwar in der Weise, daß im Jahre 1929 der Verlustvortrag von 1928, nicht also auch von 1927, berücksichtigt wird. Im Jahre 1930 wird dann erstmals der Verlustvortrag für die Jahre 1929 und 1928 berücksichtigt werden.

Weiterhin sollen in der gleichen Weise wie die Steuerpflichtigen, die bisher führen, auch diejenigen Steuerpflichtigen berücksichtigt werden, deren Betriebsergebnis pauschalisiert wird. Endlich wird der neue Gehaltswert dem Paragraphen 50 des Einkommensteuergesetzes einen Zusatz anfügen, der lautet: Eine Ermäßigung oder Erlass der Einkommensteuer kann auch dann eintreten, wenn ein Steuerpflichtiger in einem vorangehenden Steuerabrechnung sein Einkommen bezogen und seinen Lebensunterhalt lediglich aus Vermögen, insbesondere aus Erparnissen, gedeckt hat.

## Einheitsbesteuerung der Landwirtschaft

Ueber die gegenwärtigen Staatsgaben hinaus ist noch in anderen Finanzfragen eine Verständigung erstrebt worden. So soll, um die steuerlichen Ungerechtigkeiten in der Landwirtschaft zu beseitigen, ein Ausschuss für die Einheitsbesteuerung bei der Landwirtschaft einberufen werden. Der Ausschuss soll aus Parlamentariern und landwirtschaftlichen Steuerfachverständigen bestehen.



Einzelstreikungen in den Restorts. Im Zusammenhang mit den Verhandlungen über das Deckungsprogramm 1929 werden jetzt die Einzelheiten über das Ausgabendroffungsprogramm bekannt. Dabei ist von Wichtigkeit, daß bei den allgemeinen Ausgaben bestimmte Hülfsmittel für die Rückzahlung der Ausgaben vorgesehen sind, und zwar sind an den Geschäftsbetriebsmitteln 10 Prozent bei allen Restorts, bei der Unterhaltung und Ergänzung der Gebäude 10 Prozent, bei der Unterhaltung der Dienstgebäude 10 Prozent, bei der Unterhaltung der Dienstwohnungen der Minister 10 Prozent und bei den Reisekosten 5 Prozent gestrichen worden. Die letzte Bestimmung gilt allerdings, wie auch eine Reihe anderer Bestimmungen, nicht für die Reichswehr. Die Streichung bei den Umzugskosten beträgt 10 Prozent. Dazu kommen 500.000 Mark Streichungen beim Auswärtigen Amt. Bei den Post- und Telegrammgebühren sind ebenfalls 10 Prozent und bei den Dienstkraftwagen 7 Prozent gestrichen. Insgesamt werden auf diese Weise 11 Millionen Mark eingespart.

Bei den Einzelstreikungen des Restorts ist mitzuteilen, daß beim Etat des Reichstages 250.000 Mark für den beabsichtigten Neubau gestrichen wurden. Die gleiche Summe ist auch in Absatz gebracht worden beim Neubau der Reichshalle.

Der Geheimfonds des Außenministers ist um 15 Millionen verringert worden. Für die Förderung des Nachrichtenwesens im Ausland sind 500.000 Mark weniger angezählt worden.

Beim Reichsministerium des Innern sind die verlangten 400.000 Mark für Maßnahmen zum Schutze der Republik um 100.000 Mark gekürzt worden. 75.000 Mark Streichungen sind vorgenommen worden bei dem Titel: Behebung der Notstände der deutschen Kunst.

Im Reichswirtschaftsministerium ist die Unterstützung von Reisen und die Beteiligung an Ausstellungen und Messen im Ausland um 1,8 Millionen gekürzt worden.

Im Reichsarbeitsministerium sind bei der verschärfenden Arbeitslosenfürsorge 20 Millionen Mark in Absatz gebracht worden, bei den Dauerrenten für Mitleidensbedürftige 1,4 Millionen und 14,5 Millionen zur Förderung des Baues von Wohnungen für Reichsbauern.

Die beantragten 7,5 Millionen Mark von Streichungen der Reichswehr sind der Einseitigkeit der Reichswehrminister vorzuziehen, während im Gegenzug bei der Reichsmarine bestimmte Streichungsanträge gestellt worden sind.

Das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft wird u. a. 5 Millionen Mark weniger für landwirtschaftliche Betriebsaufstellung und Abschreibung erhalten.

Im Reichsverkehrsministerium werden nachfolgende Entlastungen gefordert: Die Verkehrsversicherung um 1,5 Millionen, Förderung des Kraftverkehrs um 0,6 Millionen, Bau der Schiffahrtsstraße Slettin-Swinemünde 1,4 Millionen, Die Verlegung der Deutschen Verkehrsanstalt für Luftfahrt, die 4 Millionen gekürzt hätte, unterbleibt, ebenso werden die für den Vorkriegsstand verlangten 2 Millionen Mark gestrichen, außerdem 20 Millionen für die Luftfahrt und die Luftkaura.

Im Reichsfinanzministerium werden erhebliche Beträge für verlangte Neubauten abgelehnt. Bei der allgemeinen Finanzverwaltung werden u. a. 5 Millionen Mark gestrichen, die für die Erhebung der Not der Beamten und anderer im Reichsdienst befindlich gewesener Personen verlangt worden waren.

Aus der Arbeit der demokratischen Landtagsfraktion

Demokratischer Antrag gegen Obstruktion

Der Abgeordnete Kall und die übrigen Mitglieder der demokratischen preussischen Landtagsfraktion haben nachstehenden Antrag eingebracht:

Die Entschädigung der Landtagsmitglieder entspricht der Reichstagsmitglieder mit Ausnahme des Reichstagsbestellter Fortfalls der Entschädigung bei der Nichtteilnahme an namentlichen Abstimmungen. Da eine derartige verfallende Entschädigung der Reichstags- und Landtagsabgeordneten nicht anständig erscheint, beantragen wir: Das Gesetz über das Freiheitsrecht und die Entschädigung der Mitglieder des Preussischen Landtages erhält folgenden neuen Zusatz: „Wer an einer namentlichen Abstimmung nicht teilnimmt, gilt im Sinne dieses Gesetzes als abwesend, auch wenn seine Anwesenheit an dem Tage nach den Bestimmungen über den Nachweis der Anwesenheit festgelegt ist.“

Dieses Gesetz tritt sofort in Kraft.“

Parteinachrichten

Demokratische Sondertagungen in Leipzig

Reichsminister Dietrich im Agrarauschuss. Im Zusammenhang mit der Sitzung des Parteiausschusses, die am 28. April in Leipzig stattfindet, finden am 27. April Tagungen des Reichsbeamtenausschusses der Deutschen Demokratischen Partei und des Reichsbundes Deutscher Jungdemokraten in Leipzig statt. Ferner tritt der Agrarauschuss zusammen, auf dessen Tagesordnung an erster Stelle eine programmatische Rede des Reichs-erziehungsministers Dietrich steht. Im Anschluß an das im Jahre 1927 beschlossene demokratische Agrarprogramm, dessen Gedanken sich seitdem weitgehend durchgesetzt haben, soll ein landwirtschaftliches Aktionsprogramm beraten werden.

Partei Freunde, die an diesen Sondertagungen teilnehmen wollen, werden gebeten, sich bei der Reichsgeschäftsstelle, Beckstr. 11, Bernburger Straße 18, eine Eintrittskarte zu erbitten.

Bezirk Halle

Halle. Frauengruppe der D.D.P. Donnerstag, den 25. April, abends 8.15 Uhr, im „Müllers“, Vortrag des Herrn Endenat über „Kampf als Führer zur politischen und geistigen Freiheit“. Alle Mitglieder der Frauengruppe werden um ihre Beteiligung gebeten. Eingeladene Gäste willkommen.

Halle. Für die Ortsgruppe werden jetzt die Mitgliederbeiträge für das laufende Jahr durch Voten eingezogen. Die Voten sind angezählt, für jeden gezahlten Beitrag eine Quittung und die Mitgliedskarte für das laufende Jahr, auf der sie den gezahlten Beitrag einzutragen haben, auszufüllen. Die Mitglieder werden gebeten, die von ihnen zu zahlenden Beiträge bereitzuhalten. Die Voten sind mit einer von unserer Geschäftsstelle ausgestellten Legitimation, die sie zur Einziehung der Beiträge berechtigt, versehen.

Halle. Zu der am Sonntag, dem 28. April, in Leipzig tagenden Sitzung des Reichsparteiausschusses auf der unser früherer Reichsminister a. D. Koch, das politische Klerikal hält, sind der Geschäftsstelle in Halle eine Anzahl Gastkarten zur Ausgabe an Parteimitglieder zur Verfügung gestellt worden. Da Leipzig von Halle sehr bequem zu erreichen ist, kann eine starke Beteiligung der hiesigen Parteifreunde erwartet werden. Interessenten können diese Gastkarten in unserer Geschäftsstelle, Große Brauhausstraße 30, in Empfang nehmen.

Halle. Der Beamtenausschuß der Deutschen Demokratischen Partei hielt am Dienstag (16. April) eine gut besuchte Versammlung ab. Der Vorsitzende, Herr Eisinger, referierte zunächst über den Entwurf zur Reichsdienststrafordnung, der seinerzeit dem Reichstag zugeföhrt, dann aber wieder zurückgelegt wurde. Er stellte dabei eine Anzahl Wünsche der Beamten der Fassung dieses Entwurfs gegenüber und hielt die baldige erneute Vorlage eines Reichsdienststrafgesetzes unter Anpassung an die Wünsche des Beamtenrats für dringend notwendig. An das Referat knüpfte sich eine eingehende Aussprache. Hieran schloß sich eine anregende Erörterung über „berufspolitische Vorgänge“. Ueber Aufgaben und Zusammenlegung der Obsteuere referierte der Geschäftsführer Dornblüth. Er machte Mitteilungen über die nächste, mit dem Reichstagsabgeordneten Schmidt geplante Versammlung und über die am 27. April in Leipzig stattfindende Tagung der demokratischen Beamten. In einer der nächsten Zusammenkünfte soll das Beamten-Programm der D.D.P. zur Aussprache gestellt werden.

Halle. Der Angeheulenen-Ausschuß legte am 12. d. M. die Reihe seiner Disziplinarsachen fort. U. a. beschäftigte er sich, auch mit der bevorstehenden Generalversammlung.

Ammendorf. Am Donnerstag, dem 8. April, fand die Jahresversammlung der Ortsgruppe statt. Geschäftsführer Dornblüth gab zunächst einen Überblick über die politische Lage im Reich und ging auch auf die neuesten Gesetzesvorhaben im Reich und in Preußen ein. Eine besondere Erwähnung und Erklärung fand dabei die Abstimmung im Preussischen Landtag über Einbeziehung der freien Berufse in die Gewerbesteuer. Die Versammlung teilte dabei die Aufregung des Referenten, daß die demokratische Landtagsfraktion, nachdem Deutschnationalen und Sozialdemokraten den demokratischen Antrag auf eine Freigrenze von 6000 Mark abgelehnt hatten, ihren Fraktionsmitgliedern die Abstimmung freigegeben müßte. Im Anschluß beantwortete der Referent noch mehrere Anfragen, u. a. auch über die Stellung der demokratischen Fraktion zur Kontordarstellung. Dann referierte Herr J. über Vorlagen für Kreisräte und Herr Wegland über die Tätigkeit der Ammendorfer Gemeindevertreter. In der darauf folgenden Vorstandswahl wurden zum Vorsitzenden Herr Lehrer Wegland, zum Schriftführer Herr Lehrer Eisinger gewählt. Herr Direktor Kahlitz übernahm die Kassenführung. Die Ammendorfer Ortsgruppe wird jetzt regelmäßig monatlich eine Versammlung abhalten. Zur Vorbereitung und Durchführung der zu erwartenden Provinzial-, Kreisrats- und Gemeindevahlen sind größere Versammlungen vorgesehen.

Gisela. In der Beilage der „Halleischen Zeitung“ vom 11. April 1929 wurde ein Artikel veröffentlicht, mit der Überschrift: „Das nennt sich Oberbürgermeister“, der teilweise auch Angriffe gegen den Berufsschuldirektor Busse in Gisela enthielt. Herr Busse schreibt uns dazu folgendes: „Was betrifft eine in Klammern beigefügte Bemerkung, deren Anordnung unangenehm Mittel zur Beweismittel in der Anwendung demagogischer Mittel zur Bekämpfung politischer Gegner ist. Ich verheie jetzt vollkommen, was es heißt, „deutsch“ und „national“ zu sein. Was ich an fraglichen Abend gesagt habe, das halte ich mit gutem Gewissen voll und ganz anrecht, da es sich in keiner Weise gegen Dandwert und Bevölkerung richtet.“

Herr Busse hat der „Halleischen Zeitung“ eine Berichtigung zugehen lassen.

Schraplau. (Kreis Eisleben.) Am 14. April sprach in öffentlicher Versammlung Dr. Hebia-Halle über das Thema: „Grundfragen unserer Wirtschaftspolitik“. Die Versammlung war gut besucht.

Leipzig. (Kreis Weitzsleben.) Am 16. April sprach Dr. Hebia-Halle über das Thema: „1929! Das Schicksal der deutschen Wirtschaft“. Auch hier konnte eine größere Anzahl interessierter Zuhörer festgestellt werden.

Umwänderung unseres Parteimoosblattes. Der geschäftsführende Vorstand unserer Ortsgruppe in Halle hat sich entschlossen, vorläufiglich der Zustimmung der Jahreshauptversammlung, unser bisheriges Parteimoosblatt „Politischer Wegweiser“ ab Monat Mai veränderter Form herauszugeben. Das Blatt, das bis jetzt in 4wöchiger Zeitungsgröße erschien, wird infolgedessen nächst die gesamte Nachrichten und Mitteilungen erhalten, die von der Reichsparteileitung jetzt im zehnjährigen Ausgabeformat „Demokrat“ monatlich einmal auf 25 bis 30 Druckseiten für jede Nummer bringt. Unsere Besucher werden also künftig politische Artikel aus der Feder maßgebender Parteiführer, Programmen (Wahlprogramm, Wahlgeleit), Nachrichten über Regionalen und Tagungen der Partei, über Organisation in Frauenarbeit im ganzen Reich, über demokratische Arbeit in den Parlamenten und Regierungen, Informationen über Entscheidungen des Staatsgerichtshofes und d. allem ein vorzügliches Material zur Werbung neuer Mitglieder in Form eines Querschnittes aus der Arbeit und Bewegung gegnerischer Parteien in dem neuen Blatt finden. Neben dieser Fülle von aktuellen politischen Mitteilungen wird nach wie vor auch eine genaue Information über die parteipolitische Bewegung innerhalb unserer Wahlkreise und Ortsvereine und über die Tätigkeit in freier Kreis- und Ortsvereinsgruppen sowie über unser Parteiorganisation verbunden sein.

Die Reichhaltigkeit unseres neuen Blattes wird allzweifellos allseitig befriedigen und die vielfach aus Mitgliedern und Leserkreisen geäußerten Wünsche nach eingehender Unternehmung über alles Wissenswerte erfüllend Trost geben und den bisherigen Bezugspreise von monatlich 75 Pfennigen nichts geändert. Das Format wird sich dem bisher für den „Demokrat“ gewählten handlichen Maßformat anpassen. Als Gedrucktensatztag kommen, ebenfalls in Anpassung an den „Demokrat“, den 8. und 25. jedes Monats in Betracht. Der Titel „Politischer Wegweiser“ wird vorläufig beibehalten. Der Bestand erfolgt ab Mai wie bisher durch die Post direkt von Halle: aus. Unsere bisherigen Leser brauchen also nur das Abonnement bei Vorziehung der Postanweisung durch den Briefträger erneuern. Desgleichen erhalten diejenigen Leser, die bisher von unserer Geschäftsstelle beliefert wurden, diese Lieferung in derselben Weise weiter. Aber unser einziger wie mit allem Nachdruck: Jeder bisherige Leser muß jetzt mit besonderer Aufmerksamkeit für eine zahlenmäßig stärkere Verbreitung unseres Parteimoosblattes durch Werbung neuer Besucher in Freundes- und Bekanntenkreise bestrebt sein. Unser neues Blatt wird, denken Sie mir sicher, auch weitestgehenden Anpreisungen genügen und auch denen bald als unentbehrlicher Informator gelten die große politische Tagesblätter lesen.

Der Verlag und unsere Geschäftsstelle in Halle werden in Kürze mit einer vorläufigen Prologbroschüre für das neue Blatt versehen. Die Unternehmung aller Leser und Freunde in Halle und im ganzen Bezirk Halle-Wertheim erbitten wir aber hiermit dringlichst. Die Herausgabe der ersten Nummer in der neuen Form erfolgt am 8. Mai.

Verlag und Schriftleitung.

Sich abtrennen! In das Postamt (Zellungsstelle) (Anfrankiert in den Briefkästen zu werfen) Hier!

Bestellschein

Ich bestelle hiermit Exemplare Politischer Wegweiser für den Monat Mai

und bitte den Bezugspreis von 75 Goldpfennig zusätzlich 6 Goldpfennig Zustellungs-Gebühr durch den Briefträger bei mir erheben zu lassen.

Name: Wohnort: Straße:

Damit jeder sie sehe und jeder sie lobt Schicken umsonst wir flehte zur Probe!

Der Deutsche Rundfunk

Die größte Funktionsschrift - bringt wöchentlich alle ausführlichen Programme der in- und ausländischen Sender

Hekt 50 Pf., Monatsbetrag RM. 2.- / man bestellt beim Postamt od. einer Buchhandlung / Probeheft umsonst vom Verlag Berlin N.24

Verantwortlich Johannes Dornblüth, Halle. Druck: Buchdruckerei Weniger & Co., G. m. b. H., Dessau. Poststraße 8.



# Politischer Wegweiser

Mitteldeutsches Wochenblatt für Freiheit u. Vaterland

Streichs, höhere Gewalt und Betriebsführung enthalten den Verstoß der Haltung für Verzögerung und Entschädigung. Verlag: Verein der Deutschen Demokratischen Partei, Halle (Saale), Gr. Brauhausstraße 30. Schriftleitung: Halle (Saale), Gr. Brauhausstraße 30. Fernsprecher Nr. 1277

Preis: 10 Pfennig. Abonnement: 3 Mark. Einmalige Anzeigen: 10 Pfennig. Druck: Gr. Brauhausstraße 30.

Nummer 16

Halle, 20. April 1929

5. Jahrgang

## Deutschland in Front

### Krisen

Nur zwei Kriegsschläpfe, wenn man es so nennen darf, steht Deutschland zur Stunde in hartem Kampf, in Genf und Paris. Während es aber hier keine eigene Sache vertritt, die nur auf seine Sicht und richtig betrachtet, auch die Sache der europäischen Wirtschaft ist, kämpft es am Laie Doman für einen großen internationalen Gedanken, zu dessen Träger es durch die Bestimmungen des Versailles Vertrages geworden ist. In beiden Fällen ist ihm bisher der große glückliche Erfolg verlagert geblieben, doch wird eine ruhige Beurteilung der Lage anerkennen, daß es jedenfalls nicht schlecht abgekommen hat. Greifbares wird kaum erreicht, dazu ist die Geographie zu stark, dazu ist auch die Zeitverhältnisse zu unvorteilhaft, aber vorwärtskommen sind wir trotz allem. Ganz unwohl sind diese Tage der Anzögerung und der Krisen nicht. Das wird sich erst später einmal zeigen, wenn man auf dem Fundament weiter bauen muß. Inwiefern kann man von nächster Woche sprechen. Allerdings gehört zu dieser Erkenntnis sehr viel Geduld und Selbstbeherrschung. Dem lauten Markt werden sie nicht genehen, und wir hören schon die Stimmen einer vernichtenden Kritik, die es namentlich aus dem deutschen Lager entgegenstellen werden. Die Ansätze sind schon da. Das aber darf uns nicht irreführen. Die Republik hat bewiesen, daß sie diesen großen Zukunftsaufgaben durchaus gerecht werden kann, auch wenn sie zur Stunde mit keinen Siegen aufwarten darf.

### Sachverständigen-Konferenz

Der Außenminister sieht nur die weiteste Entfernung zwischen den Forderungen der Gläubigerstaaten und der deutschen Leistungsfähigkeit. Sie ist allerdings durchaus geeignet, die Verhandlungen in Paris in Frage zu stellen und maßgebend eine Abkehr herbeizuführen. Damit haben wir von Anfang an gerechnet. Man muß auch zugeben, daß es den Ententemächten schwer wird, wirkliches Entgegenkommen zu zeigen, nachdem sie die Hoffnungen auf deutsche Zahlungen künstlich hoch gezüchtet haben. Was in dem Memorandum der vier Gläubiger steht, verdient überhaupt keine Erörterung. Das sind Plakatereien, die in der nüchternen Welt der Tatsachen keinerlei Bedeutung haben. Die Vorschläge erkennen sich nicht allzu weit von der Höchsthöhe, die wir jetzt erreicht haben, und die heute genau wie morgen untragbar ist. Schacht hat nicht den Fehler begangen, den die Deutschlandnationalen erwarten haben, dessen Unterliegen sie dementsprechend sehr rügen. Er hat nicht zögern auf den Tisch geschlagen und ein Nein in den Saal geschmettert, daß die Schuld an einem möglichen Scheitern der Verhandlungen völlig verhooben hätte. Er hat zunächst einmal die Forderungen zusammengerechnet, und mit diesen Zahlen die Gläubiger selbst erschlagen. Soweit hatten sie gar nicht gedacht. In achtstägigen Unterhaltungen untereinander, haben sie dann den gemeinsamen Plan aufgestellt, der etwas von den ursprünglichen Gedanken abwich, aber sich noch immer in astronomischen Ausmaßen bewegt. Als nun das Memorandum vorlag, hat er gleichfalls die Ruhe bewahrt und mit einer gewissen Ironie die Dinge behandelt. Nun sind wir dort angelangt, wo man hätte beginnen sollen. Schacht ist entrückt, vom Standpunkt der deutschen Leistungsfähigkeit Vorschläge zu machen. Ob er damit Eindruck erzielt, wissen wir nicht. Jedenfalls hat die französische Presse, die ja Wortführerin in diesem Streite war, völlig ihre Stimmen gedämpft und ist etwas leiser geworden. Wir rechnen nach wie vor mit einem Abbruch der Verhandlungen, aber in der bestimmten Erwartung, daß in absehbarer Zeit, in einem Jahr oder zweiten eine neue Konferenz einberufen wird. Kommt es anders, umso besser, vorausgesetzt natürlich, daß ein Kompromiß unserer Verhandlungen die Rechnung trägt.

### Die deutsche Stellung

Worin liegt mit der Befragung, die unsere Stellung zweifellos erfahren hat? Zwei Punkte sind hier zu beachten. Zunächst die Transaktion. Es ist kein Geheimnis, daß Parler Gilbert schon in den letzten Monaten geäußert hat, unsere Zahlungen zu reduzieren, weil die Gold- und Devisenbestände der Reichsbank zurückgegangen sind. Scheitert die Konferenz, so dürfte er erst recht auf diesen Standpunkt verharren. Es ist gar nicht ausgeschlossen, daß er die Zahlungen um einer Erhaltung der deutschen Währung für unvereinbar erklärt. Dann würden die Gläubiger in der nächsten Zeit überhaupt nichts be-

kommen. Das wäre ein praktischer Anschauungsunterricht, der zweifellos eine ausgezeichnete Wirkung ausüben würde. Inzwischen besteht die Gefahr, die international gegen die Reichsbank eingeleitet ist, eingreifen muß, um nicht die vom Auslande eingeleiteten Summen, und es handelt sich ja gleichfalls in erster Linie um amerikanische, zu gefährden. Die zweite Stärkung unserer Stellung hat Schacht durch seine Verhandlungsart herbeigeführt. Die gefährlichen Folgen des Silberstilles Berichtes über die deutsche Finanzlage sind bereits abgegrenzt. Bezeichnend dafür ist es, daß der Reparationsvertrag trotz der Anwesenheit in Paris in keinem Stadium herangezogen worden ist. Noch bedeutsamer erscheint uns, daß es dem Reichsbankpräsidenten gelang, den Sachverständigen der Gläubigermächte das Verständnis der Gläubiger zu entziehen, ihre Zahlen seien ja die ihrer Regierungen. Man erinnert sich jener lebhaften diplomatischen Kämpfe vor Beginn der Konferenz, die gerade über die Unabhängigkeit der Sachverständigen geführt wurde. Nicht umsonst hatte die Reichsregierung entscheidende Wert darauf gelegt, die Unabhängigkeit ein für allemal festzulegen. Das hat im Ernst nicht so bleiben würde, hat ja zu ahnen können, aber es ist gut, daß dieses Abweichen von den vereinbarten Richtlinien nun auch offen zugegeben worden ist. Damit ist die Schuldfrage für alle Fälle klargestellt.

### Genf

Viel versprochen hat sich niemand von der vorbereitenden Abrüstungskonferenz, die am 15. begonnen hat. Es hängt vielleicht kleinlich, wenn man so viel Bedeutung politischen Erfolgen beimißt. Trotzdem sind sie in der Politik häufig das wesentliche. Der Vorsitzende, der holländische Gesandte in Paris, London, hatte es zuerst abgelehnt, die zweite Sitzung der früheren Beschlüsse anzuberaumen. Das ging auf Einsparungen der Weltmächte zurück, die ja nicht die mindeste Neigung verspürten, die Frage ernsthaft in Angriff zu nehmen. Inzwischen hatte Graf Bernstorff seinen Vorstoß unternommen und damit tatsächlich erreicht, daß die zweite Sitzung nicht der Form aber der Sache nach stattgefunden hat. Damit sind Verschleppungsfragen liegen vor, ein Deutscher, der sehr geneigt ist, denn er begreift die Klüfften entsprechend der Stärke eines Landes, aber gerade deshalb Frankreich und England auf die Herzen fallen, und ein russischer, der wie immer, weit über das Ziel hinausschießt und deshalb zu viel Angeißelungen bietet. Seine Ablehnung ist Sicher. Große Erwartungen wird man überhaupt nicht hegen dürfen. Aber es genügt schon, wenn man den Faden nicht abreißen läßt, zumal ja im Hintergrund der deutsche Krampf steht, der auf der Präambel zu Teil 5 des Versailles Vertrages beruht. Als Graf Bernstorff früher einmal auf diese bindende Verpflichtung verwies, wurde ängstlich gefragt, es war von dem polnischen Vertreter Soloi, ob Deutschland den Friedensvertrag für gebrochen erklären will. Hier bieten sich die letzten Möglichkeiten, die wir vorläufig mit Rücksicht auf die Gesamtpolitik nicht ausschließen dürfen, die aber eines Tages vielleicht doch einmal eine erhebliche Rolle spielen werden.

### Das neue Kabinett

Die drei Zentrumsmänner Brüch, Stegerwald, und von Guericke sind nunmehr in die Regierung eingetreten, das Kabinett der Großen Koalition besteht, aber ohne die Große Koalition selbst. Wir haben schon während der Verhandlungen betont, daß unser bisheriger Zustand nicht gefällt und daß wir an seine Dauer nicht glauben. Vorläufig jedoch wird man wohl über die Schwierigkeiten hinwegkommen, wenn nicht die Abstimmung über den Bankrottentwurf. A zweite Warte zu einer Krise führen sollte. Es kommt alles auf die Geschicklichkeit der sozialdemokratischen Minister an, die, was man zu ihrer Entschuldigungen halten lassen muß, nicht nur Ende Mai ihren Parteitag halten, sondern auch in zwei Ländern, in Baden und Sachsen die Meinungen festlegen müssen. Das gilt natürlich auch für andere Parteien, bereitet aber der Linken besondere Schwierigkeiten wegen dieser Frage. Geltingt es, über dieses Minimum hinwegzukommen, so dürfte die Sommerpause erreicht werden. Welchen Einfluß ein Scheitern der Reparationsverhandlungen haben wird, läßt sich natürlich nicht überblicken, doch möchten wir annehmen, daß es keinen Zweifel gibt, daß das Kabinett hineinragen wird. Eher wäre das bei einem saulen Kompromiß der Fall. Im Herbst wird man dann allerdings an eine

Neuregelung der parlamentarischen Verhältnisse herantreten müssen. Bis dahin aber können sich in der einzelnen Parteien gewisse Abänderungen ergeben haben. Insbesondere hat das Wort: Zeit gewonnen, alles gewonnen, einmal Recht.

### Die Groteske von Strelitz

Als der letzte Großherzog von Mecklenburg-Strelitz freiwillig aus dem Leben schied, war die Gelegenheit außerordentlich günstig für das Land, von der Karte zu verschwinden. Kein Erbe war vorhanden. Der einzige Thronanwärter dient im russischen Heere gegen uns und hätte damit seinen Anspruch verlor. Alle Erbverträge hätten die Möglichkeit gegeben, Strelitz und Schöten zu verschmelzen. Aber man begehrte gewaltsam, die Gläubiger und Eigenart sollten gewahrt bleiben. Die Gläubiger saßen sich vergessens an den Kopf und fragte sich, was die Eigenart dieser 100 000 Menschen betrifft, die über die deutschen Großstädte verstreut waren. Leider sind die Revolution die alten Grenzen der Dynastien b der Nun haben wir eine neue Groteske erlebt. Die Demokraten stellen dort den einzigen Minister, Herrsche Meibnis. In mühseligen Verhandlungen gelang es erst Koalition zustande zu bringen, die aus der ist und der Linken sich zusammenlegte. Leber die Vertreter der beiden Ministerialdirektorenposten kam es damals Bruch. Der Etat wurde abgelehnt, der Minister trat zurück. Da die Sozialdemokraten sogar den Antrag stellten, ihm auch nur die Führung der Geschäfte zu verbieten, er man auf dem Trocknen. Das Reich hatte jetzt das auf Grund des Artikels 48 einzusetzen. Man be-

schickte jedoch damit, einen Ministerialrat als Reichsminister nach Strelitz zu entsenden. Häufig, untern Parteifreunde, gelang es schließlich auch, den Bruch zu verflüchten, so daß alles in besser Ordnung wieder einmal ist. Als wir überdies, Wir müssen ganz ehrlich gestehen, wenn auch Hänschel seinen Auftrag ausgezeichnet ausgeführt hat, daß uns dieser Auftrag selbst nicht gefiel. Man hätte ruhig einmal andere Seiten aufsuchen sollen, um die Kleinigkeiten lächerlich zu machen. Sie muß sobald als möglich ein Ende nehmen. Nur Baldad hat bisher den rechten Weg gefunden. Auch in Schaumburg Lippe ringt man mit einem ähnlichen Problem, nachdem man schon ein



Die Herr bergs, der Aug ist, hat nationaler zogen. Die ergänzen. die Diktat mit der W aber Deut grünen K zu Lebze Worte der Gegenteil ihn jetzt die Stellung des Präsidenten geklärt habe. Dieses Lob hat einen giftigen Beigeschmack, weil es mit einer Herabsetzung Hindenburgs verbunden ist, der politisch die Stellung nicht ausgebaut habe. Sachlich ist das grundsätzlich, denn die Persönlichkeit des zweiten Präsidenten hat manche Kräfte beendet, immer unter weißer Bedrückung auf die verfassungsmäßigen Rechte und lediglich geküßt auf sein Ansehen. Dieses deutschnationale Mährchen soll man nicht verzeihen. Bei dieser Gelegenheit soll auch noch der besonderen Freude Ausdruck gegeben werden, daß Hindenburg die doch recht bedenkliche Krankheit überstanden hat.

Richard Man.